



# Schwarz auf Weiss aus Berlin

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel, Xanten



Ausgabe 39/2011

11. November 2011

*Liebe Leserinnen und Leser,*

diese Sitzungswoche startete für mich mit einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses zu der Frage „Deutsch ins Grundgesetz – oder nicht?“. Als Berichterstatterin meiner Fraktion war es an mir, die Petenten sowie die Bundesregierung zum Thema zu befragen. So richtig überzeugen konnte mich dabei weder der Petent, der vehement für eine Aufnahme von Deutsch ins Grundgesetz plädierte, noch der, der es kategorisch ablehnte. Es gibt zwar einige einleuchtende Gründe, unsere Sprache ins Grundgesetz aufzunehmen. Darunter u.a., dass Sprache ein hohes Kulturgut und ein Grundidentifikationsmerkmal unseres Landes ist. Eine Antwort auf die Frage, welche praktischen Auswirkungen eine Aufnahme der Sprache ins Grundgesetz hätte, ist mir der Verfasser der Petition jedoch schuldig geblieben. Über den weiteren Fortgang der Petitionen wird nun in unserer Arbeitsgruppe noch diskutiert werden.

Am Dienstag ging es dann in der Fraktionssitzung hoch her, es wurde heftig über die Beschlüsse des Koalitionsausschusses – insbesondere über den Beschluss des Betreuungsgeldes – diskutiert. All denjenigen, die der Koalition (mal wieder) Uneinigkeit vorwerfen, möchte ich entgegenhalten: In demokratischen Systemen wird über den richtigen Weg und die genaue Ausgestaltung von Vorhaben - auch innerhalb von Parteien und Koalitionen - gerungen und gestritten, um zu mehrheitsfähigen Beschlüssen zu kommen. Das ist manchmal kräftezehrend und langwierig, aber es ist nun mal der beste und einzige Weg, um zum

richtigen Ergebnis zu kommen. Die offene und freie Diskussion, wie Probleme am besten anzugehen sind, ist ein Kernstück einer funktionierenden Demokratie. Ich habe kein Problem damit, dass uns Uneinigkeit und Zerstrittenheit vorgeworfen werden, wenn wir ausführlich über so wichtige Dinge wie zusätzliche Leistungen für Familien und Steuererleichterungen diskutieren. Die Koalition hat sich darauf geeinigt, kleinere und mittlere Einkommen durch eine Anhebung des steuerfreien Existenzminimums und eine entsprechenden Tarifverschiebung des Steuertarifs zu entlasten. Eine Milliarde Euro wird zusätzlich nächstes Jahr in die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes investiert. Davon, so hoffe ich, wird auch der Kreis Wesel profitieren.

Mit dem Betreuungsgeld ab 2013 sollen Eltern, die ihre Kinder nicht in einer Kindertagesstätte, sondern zu Hause betreuen, unterstützt werden. Damit soll für Eltern wirkliche Wahlfreiheit geschaffen werden.

Auch über die Ausgestaltung des Betreuungsgeldes, d.h. ob die Unterstützung als Barzahlung oder in Form von Gutscheinen erbracht wird, haben wir diese Woche intensiv diskutiert. Diese Auseinandersetzungen werden sicherlich auch noch weitergehen. Ich stehe einer Barauszahlung des Betreuungsgeldes eher verhalten skeptisch gegenüber, daher bin ich gespannt auf die weiteren Diskussionen und Argumente.

Ich wünsche Ihnen ein wunderschönes und sonniges Wochenende.

Mit herzlichen Grüßen

*Sabine Weiss*



## In dieser Ausgabe:

- Brief an die Leser
- Im Plenum
- Daten und Fakten
- Praktikumsbericht
- Pressemitteilung

Impressum:  
Sabine Weiss MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030/227-77720  
Telefax: 030/227-76720  
E-Mail:  
sabine.weiss@bundestag.de

## Im Plenum

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Weniger Bürokratie für den Mittelstand - Den Erfolgskurs fortsetzen** bekräftigen wir, dass wir den Bürokratieabbau sehr ernst nehmen und dabei die mittelständische Wirtschaft besonders im Blick haben. Kleine und mittlere Unternehmen profitieren in besonderem Maße, wenn Vorschriften vereinfacht werden und Bürokratiekosten sinken. Wir begrüßen die Entlastungen, die beim Bürokratieabbau in den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung und bei den Menschen bereits erzielt wurden, insbesondere die nachweislich dauerhafte Entlastung der Wirtschaft um deutlich über 10 Milliarden Euro jährlich. Die Bundesregierung fordern wir auf, ihr Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ fortzuschreiben und zu intensivieren und dabei insbesondere die Schwerpunkte auf folgende Themen zu setzen: Steuervereinfachung, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bis zur Realisierung von Vorhaben, Frühwarnsystem für mittelstandsrelevante EU-Regulierungen und anwenderfreundliche elektronische Behördendienste.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise** ziehen wir eine positive Bilanz über die nach der Finanzmarktkrise bereits umgesetzten, zahlreichen Maßnahmen zur Reform der Finanzmärkte. Daneben heben wir die Bedeutung weiterer, noch laufender Regulierungsmaßnahmen hervor und mahnen die Umsetzung einzelner, noch notwendiger Initiativen an. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Reform der Finanzmärkte mit unverminderter Kraft weiter zu verfolgen, insbesondere auch international, und im europäischen Rahmen Einigungen herbeizuführen.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetz über die Besetzung der großen Straf- und Jugendkammern in der Hauptverhandlung** soll den großen Strafkammern dauerhaft die bislang nur befristet eingeräumte Möglichkeit eröffnet werden, mit zwei Berufsrichtern und zwei Schöffen (anstatt mit drei Berufsrichtern und zwei Schöffen) zu verhandeln. Dieses gilt nur, sofern nach gesetzlich näher definiertem Umfang und Schwierigkeit der Sache die Mitwirkung eines dritten Richters nicht notwendig erscheint. Für bestimmte Fallkonstellationen wird eine verpflichtende Besetzung mit drei Berufsrichtern vorgeschrieben.

Wir debattierten in dieser Woche die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „ALTHEA“** zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina. Das Mandat soll unverändert bei Absenkung der Personalobergrenze von 900 auf 800 Soldaten fortgeführt werden. Auch ein Jahr nach den Wahlen vom 3. Oktober 2010 bleibt die Lage in Bosnien und Herzegowina kompliziert. Die Regierungsbildung ist bis heute nicht erfolgreich abgeschlossen.

## Daten und Fakten

**Deutsche führen internationales Feld der Sparer an.** Momentan legen die deutschen Haushalte jeden zehnten Euro beiseite. Damit steht Deutschland mit seiner Sparquote an der internationalen Spitze. In den Vereinigten Staaten etwa sparen die Einwohner nur 5,5% ihres Einkommens, in Polen ist die Sparquote mit 4,6% sogar noch geringer. Auch innerhalb Deutschlands sind Differenzen wahrzunehmen. So sparen die Baden-Württemberger mit rund 12% ihres Einkommens den höchsten Betrag, die Einwohner Bremens hingegen mit 8,5% den niedrigsten. Durch die aktuelle Schuldenkrise ändert sich zudem die Anlageform. Nach einer Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes halten aktuell nur noch 28% der Deutschen eine Lebensversicherung für die sicherste Anlage, im Jahr 2010 taten dies noch 46%. Auch in die private Rentenversicherung ist das Vertrauen von 38% auf 25% geschrumpft. Gefragt sind hingegen Investitionen in Immobilien: Fast die Hälfte der Deutschen bevorzugt das Eigenheim als Anlageform für den Vermögensaufbau. (Quelle: Institut für Wirtschaft Köln)

**Kindertagespflege 2011: Zahl der betreuten Kinder steigt um 10,5%.** Die Zahl der Kinder, die von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut werden, hat weiter zugenommen. Zum Stichtag 1. März 2011 haben bundesweit die Eltern von 124.000 Kindern das Angebot der öffentlich geförderten Kindertagespflege als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und -betreuung in Anspruch genommen. Dies entspricht einem Anstieg von 10,5% gegenüber dem Vorjahr. Zum Stichtag 1. März 2010 waren es 112.000 Kinder (+13,5% gegenüber 2009). Hauptsächlich nutzen Eltern von unter Dreijährigen die Kindertagespflege. Im März 2011 waren insgesamt rund 80.000 der insgesamt 124.000 Kinder in Tagespflege jünger als drei Jahre (64%). Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8.000 beziehungsweise 11% erhöht. Bundesweit wurden damit 3,9% aller Kinder dieser Altersgruppe von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut. Zwischen März 2009 und März 2010 lag der Zuwachs bei 11.000 (+18%). (Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Arbeitsmarkt im Oktober 2011.** Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober weiter gesunken. Im Oktober waren 2,737 Millionen Menschen ohne Arbeit und damit 59.000 weniger als noch im September. Die Arbeitslosenquote sank daher leicht um 0,1 Punkte auf 6,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat befanden sich 204.000 Menschen weniger auf Jobsuche. Zudem erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Wohnort in Deutschland mit rund 41,31 Millionen Personen im September 2011 einen neuerlichen Höchststand. (Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt)



### **Berlin, Berlin, endlich in Berlin**

Hällöchen ihr. Ich bin Juliane Leßmann und komme aus Schermbeck (Wahlkreis von Sabine Weiss). Ich habe hier in diesem Büro 2 Wochen lang ein Praktikum absolviert. Vor ungefähr 4 Monaten war ich mit meiner Stufe in Berlin. Wir haben unter anderem einen Tag im Bundestag verbracht, an dem Sabine Weiss einen Vortrag für uns gehalten hat. Sie hatte uns damals einen Einblick in den Alltag eines Abgeordneten gegeben und mich sehr beeindruckt. Da ich schon immer ein gewisses Interesse an der Politik hatte, kam in mir der Wunsch auf, hier in Berlin live am Geschehen dabei zu sein. Somit habe ich auf „gut Glück“ eine Email hier ans Büro geschickt, mit der Anfrage, ob ich in den Herbstferien einen Praktikumsplatz bekommen könnte. Schon bei der Antwort war mir bewusst, dass ich es hier mit sehr, sehr netten Frauen zu tun habe, die es nur gut mit einem meinen. Die Sache war somit geregelt. Ab nach Berlin, endlich nach Berlin.

Ankunft am Gebäude „Unter den Linden 71“- Der erste Arbeitstag. Zu Beginn war dieser mit sehr viel Nervosität beschattet. Ich mein, wie soll man das auch einschätzen können, was einen erwartet. Aber die erste Begegnung mit Antje hat mich beruhigt. Erster Auftrag war es, meinen Hausausweis abzuholen, der mir den Eintritt in alle Gebäude des Bundestages ermöglicht. Danach bekam ich die Chance, in die Petitionen hineinzuschauen, da Sabine im Petitionsausschuss mitwirkt. Spannende Angelegenheit, da einem bewusst wird, dass wirklich jeder Bürger Deutschlands die Chance hat, seine persönlichen Anliegen dem Staat öffentlich zu machen. Das Beste an diesem Tag war es jedoch, dass Antje mich zur Bundesfraktionsebene gebracht hat, wo ich an einer Veranstaltung teilnehmen durfte, bei der auch Dr. Angela Merkel gesprochen hat. Das Thema „Meeresschutz“ stand zur Debatte und erweckte in mir die Neugier, mich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Ich bin insgesamt echt erstaunt, was einem „einfachen“ Praktikanten alles ermöglicht wird. Die erste Praktikumswoche lag in der Sitzungswoche 24.-28. 10. des Bundestages. Sabine und Julia haben mich wirklich zu jeder Sitzung, ob zu der des Ausschusses Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder der des Petitionsausschusses mitgenommen. Eine bessere Möglichkeit, um Einblick in das „Politikerleben“ zu bekommen, gibt es nicht.

Krönung der Woche war der Donnerstag, wofür ich eine Plenarsaalkarte bekommen hatte. An diesem Tag stand Sabine mit einer Rede zum Thema Entwicklungspolitik auf dem Programm. Ich durfte jedoch vorher noch die einberufene „Aktuelle Stunde“ zum Thema „Parteiprogramm - „Die Linke“ mit verfolgen. Das war ein Erlebnis, da es dort eindeutig laut herging.

Was mir jedoch am meisten auffiel, ist, dass ein Abgeordneter nicht ohne seine Mitarbeiter zu recht kommen würde. Man kann sagen, dass es eine große logistische Aufgabe ist, alle Termine einzuhalten und den Alltag so gut es geht zu planen. Wenn ich mir die Diskussionen in meinem SoWi-Unterricht anschau, wird mir bewusst, dass man als Bürger immer nur die eine Sicht hat. Durch das Praktikum habe ich gelernt, dass die Politiker schon das Beste tun, damit unser demokratischer Staat funktioniert. Somit sollte man immer beide Ansichten berücksichtigen.

Zum Schluss kann ich sagen, dass ich froh bin, dass ich genau in diesem Büro gelandet bin. Netze Menschen, die einem wirklich alles ermöglichen. Deswegen sage ich an dieser Stelle: Danke. Ich bin mir wirklich sicher, dass alle nachfolgenden Praktikanten genauso zufrieden sein werden.

## Pressemitteilung

Sabine Weiss, MdB und Ralf Berensmeier, Kreisdirektor:  
„Gute Nachrichten für Wesel: Das Mehrgenerationenhaus Wesel wird weiter gefördert“

Gute Nachrichten können Sabine Weiss und Ralf Berensmeier, der diese Woche mit der CDU-Bundestagabgeordneten in Berlin zusammentraf, vermelden:

„Das Mehrgenerationenhaus Wesel wird weiter durch das Bundesfamilienministerium gefördert. Das ist eine gute Nachricht für alle Niederrheiner, die die vielfältigen Dienstleistungsangebote des St. Josef Hauses in Anspruch nehmen“, so Sabine Weiss und Ralf Berensmeier: „Wir konnten uns bei einem gemeinsamen Besuch des St. Josef Hauses persönlich von der großartigen und wichtigen Arbeit des Mehrgenerationenhauses überzeugen. Daher freuen wir uns sehr, dass das Mehrgenerationenhaus weiter gefördert wird und seine wertvolle Arbeit für das bunte Miteinander der Generationen in gewohnter Art und Weise fortführen kann.“

Das Weseler St. Josef Haus wurde 1976 als Mutter – Kind – Heim eingeweiht. Das St. Josef Haus wurde vor einigen Jahren zum Mehrgenerationenhaus umgewandelt und wurde vom Bundesfamilienministerium als eines von bundesweit 500 Mehrgenerationenhäusern in den letzten fünf Jahren mit jährlich 40.000 Euro gefördert. Träger des St. Josef-Hauses ist der Sozialdienst katholischer Frauen e.V.. Zu den vielfältigen Angeboten des Mehrgenerationenhauses gehört unter anderem: Beratung für Pfleger, Rentenberatung, Beratung für barrierefreies Wohnen, ambulant betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung, Kindertageseinrichtung, Senioren- Gesellschaftsservice, Bildungs-, Lern- und Sportangebote.